

# »Unser Land ist unser Leben«

## Ressourcenausbeutung und Landnahme in Myanmar

von  
Rainer  
Einzenberger

*Der Autor war von 2010 bis 2014 Programmkoordinator des Myanmar Programmes der Heinrich-Böll-Stiftung in Bangkok. Seit Januar 2015 ist er Mitarbeiter am Institut für Internationale Entwicklung an der Universität Wien.*

Es ist ein symbolträchtiges Bild an diesem Sonntag, Mitte Dezember 2014 beim Maha Bandoola Park im Herzen Ranguns. Seit mittlerweile 266 Tagen demonstrieren BewohnerInnen des Stadtteils Michaungkan gegen die Beschlagnahmung ihrer Grundstücke durch die Armee. Das Protest-Camp ist drapiert mit Bannern in burmesischer und englischer Sprache auf denen zu lesen steht: »Das herausragende Merkmal universeller Armut ist Landlosigkeit« oder »Unser Land ist unser Leben – Kompensation ist keine Lösung«. Die Demonstrierenden fordern Gespräche mit den Behörden und die Rückgabe ihres Landes. Stattdessen werden sie wenige Wochen später von der Polizei festgenommen und das Protestcamp (vorübergehend) geräumt. Im Februar 2015 war es wieder besetzt.

Seit wenigen Jahren spielen Landkonflikte in der Öffentlichkeit Myanmars eine zentrale Rolle, doch eigentlich ist das Problem nicht neu. Auch die Beschlagnahmung von Land in Michaungkan liegt bereits über 20 Jahre zurück. Staatlichen Medien zufolge sollen vom Militär in den vergangenen fünf Jahrzehnten mehr als 2.000 Quadratkilometer Land beschlagnahmt worden sein. Neu sind lediglich das aktuelle Ausmaß und die rasante Zunahme an Land- und Ressourcenkonflikten, in die nach der wirtschaftlichen Öffnung Myanmars auch neue internationale Akteure verstrickt sind. Neu ist auch die

ausgedehnte mediale Berichterstattung im Zuge der Lockerung der Medienzensur seit 2011. Zunehmend formiert sich aber auch der Widerstand einer erstarkenden Zivilgesellschaft gegen den Landraub und die rücksichtslose Ausbeutung der natürlichen Ressourcen des Landes durch eine weiterhin autoritär agierende Regierung, die nach wie vor von Ex-Militärs dominiert wird.

### Ressourcenpolitik nach 1988: Vom »Burmesischen Weg zum Sozialismus« zum »Waffenstillstandskapitalismus«

Bis 1988 während der Zeit des »Burmesischen Weg zum Sozialismus« unter Diktator General Ne Win, waren Industrie und Landwirtschaft verstaatlicht und der Staat alleiniger Eigentümer aller Arten von Land und natürlichen Ressourcen. Das Militär allein kontrollierte die Wirtschaft, und steuerte sie schließlich durch eine verfehlte Planwirtschaft und Isolationspolitik in den Ruin. Erst die Massenproteste von 1988 – die vor allem ökonomische Ursachen hatten – brachten einen Kurswechsel. Das neu eingesetzte *State Law and Restoration Council* SLORC (ab 1997 *State Peace and Development Council* SPDC) versuchte mit allen Mitteln, die politische und wirtschaftliche Situation in den Griff zu bekommen. Angesichts leerer Staatskassen war der »Ausverkauf« der natür-



*Unser Land ist unser Leben, Protestcamp Yangon  
Foto: Melanie Bartsch-Heckenbücker*



Protestcamp am  
Maha Bandoola  
Park, Yangon  
Foto:  
Genia Findeisen

lichen Ressourcen das Mittel der Wahl, um Devisen zu generieren und das eigene politische Überleben zu sichern. Neue Regelungen zur Landnutzung wurden erlassen, wie die *Wasteland Instructions* im Jahr 1991. Als sogenanntes Brachland deklarierte Flächen wurden nun privaten Investoren zur agroindustriellen Nutzung zur Verfügung gestellt. Ähnlich wie im post-sowjetischen Russland entstand auch im Myanmar nach 1988 eine kleine Gruppe von Oligarchen mit engen Verbindungen zur Militärregierung, die vom Systemwechsel profitierte und sich weitreichende Konzessionen und Lizenzen in einem immer noch stark vom Militär regulierten Markt sicherte. Firmen wie *Yuzana* erhielten beispielsweise riesige Landkonzessionen für die Gewinnung von Biotreibstoff im Ausmaß von ca. 800 Quadratkilometer im nördlichen Kachin-Staat unweit des größten Tigerreservats der Welt. *Htoo Trading* sicherte sich Lizenzen für Ölpalmpflanzungen in den Regenwaldgebieten im Süden Myanmars. Dabei kam es ebenso zur Beschlagnahmung von Land und Vertreibung der lokalen Bevölkerung. Myanmars Oligarchen spielen heute eine dominante Rolle in der Wirtschaft, und verfügen weiterhin über beträchtlichen politischen Einfluss, der sich auch in den Gesetzesreformen niederschlägt.

Während westliche Industrienationen das als illegitim geschmähte SLORC Regime nach und nach mit Sanktionen überzogen, nutzte Myanmars östlicher Nachbar Thailand unmittelbar nach '88' als erstes die Gunst der Stunde, um sich an dem natürlichen Reichtum Myanmars zu bedienen. Das thailändische Militär sicherte sich in Verhandlungen mit dem SLORC weitreichende Konzessionen zur Abholzung der Teakwälder entlang der thai-myanmarischen Grenze. Doch Thailand begnügte sich nicht

nur mit den wertvollen Teakholzbeständen. Ende der 1990er folgten weitreichende Explorationen nach Erdgas im Golf von Martaban, die schließlich im Bau von zwei Erdgaspipelines (Yadana eröffnet 1998 und Yetagun 2000) mündeten. Diese transportierten das Erdgas über den vom Bürgerkrieg betroffenen Karen-Staat nach Thailand. Dem Militärregime in Myanmar bescherten die Erdgasexporte Devisen von mehreren Milliarden US-Dollar pro Jahr und ermöglichten ihm damit, ungeachtet der internationalen Sanktionen, vorerst das wirtschaftliche und politische Überleben. Es folgten weitere Investitionen thailändischer Energiekonzerne (vor allem Staudammprojekte) und im Landwirtschaftssektor (beispielsweise durch den thailändischen Agrokonzern *Charoen Pokphand CP*).

Dem »Pionier« Thailand folgte der nördliche Nachbar China, der Thailand im Jahr 2011 schließlich als wichtigster Investor in Myanmar ablösen sollte. Seit Anfang der 2000er Jahre begannen chinesische Firmen auf Weisung der Zentralregierung in Peking verstärkt im Ausland zu investieren (*Go Out Policy*). Der Hunger nach günstigen Rohstoffen und Energie für Chinas stetig wachsende Industrie führte die chinesischen Unternehmen nicht nur ins benachbarte Südostasien, sondern bis nach Afrika und jüngst Lateinamerika. In Myanmar investierte China vor allem in den Energie- insbesondere den Erdgas- und Erdöl-Sektor. Wie zuvor Thailand baute auch China eine Pipeline, um Erdgas- und Erdöl von der Westküste Myanmars bis nach Yunnan zu transportieren. Der Bau der Pipeline, der eine Schneise quer durch das ganze Land zog, verursachte dabei zahlreiche Landkonflikte. Im Namen chinesischer Opiumsubstitutionsprogramme wurden zudem mit Hilfe chinesischen Kapitals riesige Wald- und Landflächen im Norden Myanmars in Kautschukplantagen umgewandelt und die von ihrem Land vertriebenen Kleinbauern als Tagelöhner angeheuert. Die Vergabe von großflächigen Landkonzessionen und Konzessionen zur Ausbeutung von Ressourcen war ab Mitte der 1990er Jahre auch eine Strategie des Regimes, um die ethnischen, bewaffneten Gruppen in den Grenzgebieten Myanmars zu befrieden und diese unter »territoriale Kontrolle« zu bringen. Diese Art des »Waffenstillstandskapitalismus«, bei dem die Eliten der ethnischen, bewaffneten Gruppen mit lukrativen Geschäften kooptiert wurden und das Regime daran mitverdiente, führten in der Folge zu massiver Abholzung und rücksichtsloser Ausbeutung der natürlichen Ressourcen in den ethnischen Gebieten Myanmars. Als Resultat hatten sich die Abholzungsraten ab 1989 vervierfacht, und allein zwischen 1990 und 2005 verlor Myanmar 18 Prozent seiner Waldfläche. Auch im Zusammenhang mit den jüngsten Waffenstillstandsverhandlungen seit 2011 spielen intransparente Geschäfte mit Ressourcen und Ressourcenkonflikte eine zentrale Rolle, sodass der Friedensprozess zu entgleisen droht.



## Rohstoffausbeutung und Agroindustrie als Entwicklungsstrategie?

Seit dem Regierungswechsel 2011 und der Aufhebung der internationalen Sanktionen gilt Myanmar als neuer Hoffungsmarkt für das internationale Kapital. Für Investoren ist das Land wegen seiner reichhaltigen Ressourcen und fruchtbaren Böden attraktiv; Myanmar werden Wachstumsraten von acht Prozent jährlich prognostiziert. Die semi-zivile Regierung unter Präsident Thein Sein beschleunigte den wirtschaftlichen Reformprozess von einer quasi-sozialistisch geprägten Planwirtschaft hin zu einer kapitalistischen Marktwirtschaft liberaler Prägung. Dabei folgt sie mit einer Reihe von Deregulierungsmaßnahmen weitgehend den Empfehlungen der internationalen Finanzinstitutionen und liberaler (westlicher) Think-Tanks.

In kurzer Folge wurden neue Gesetze für landwirtschaftliche Nutzflächen und die Nutzung von Brachland, ein Auslandsinvestitionsgesetz, ein Gesetz für Sonderwirtschaftszonen und viele mehr erlassen. Das klassische modernisierungstheoretische Entwicklungsparadigma, das diesen Gesetzen zugrunde liegt, basiert auf der Idee von Industrialisierung und Wirtschaftswachstum durch Auslandsinvestitionen. Mit neu errichteten Sonderwirtschaftszonen (bisher in Dawei, Kyaukpyu und Thilawa) und Investitionen in die verarbeitende Industrie will man zwar von einer allzu starken Abhängigkeit vom Rohstoffexport wegkommen. Doch bisher laufen diese Projekte eher schleppend an (vor allem das Mega-Projekt Dawei ist noch kaum finanziert). Auch 2013 floss ein Großteil der Auslandsinvestitionen weiterhin in die Sektoren Rohstoff und Energie. Die Erlöse aus dem Verkauf von Erdgas sind einer der wichtigsten Devisenbringer des Landes. Aber eine einseitige Abhängigkeit vom Export von Rohstoffen und eine Politik der Ressourcenausbeutung nach dem Beispiel südamerikanischer Länder könnte sich (wie derzeit im Fall von Venezuela sichtbar) als kontraproduktiv erweisen und das Land in die Ressourcenfalle führen.

Ebenso besorgniserregend ist der aktuelle Trend zur Ausweitung der Agrarindustrie und der Vergabe von großflächigen Landkonzessionen in bisher ungeahntem Ausmaß. Investitionen in Land werden aktiv beworben wie beispielsweise im Rahmen des *Agrobusiness Investment Gipfels 2014*, veranstaltet von der myanmarischen Wirtschaftskammer, die mit der »einmaligen Gelegenheit für ein Engagement im Agrobusiness Sektor in Myanmar« warb.<sup>1</sup> Die neuen Gesetze und Richtlinien zur Landnutzung stehen in der Kritik, (ausländische) private Unternehmer auf Kosten der einheimischen, kleinbäuerlichen Landwirtschaft zu bevorzugen. Die Regierung betrachtet Land als wirtschaftliches Kapital, das es industriell zu nutzen gilt, anstatt es als Lebensgrundlage



für 70 Prozent der Bevölkerung zu bewahren und gerecht zu verteilen. Seit 2012 werden Landtitel zunehmend formalisiert und Verpachtung und Verkauf von Land vereinfacht. Die neuen Landgesetze verhelfen Kleinbauern aber nicht notwendigerweise zur Absicherung ihrer Besitzverhältnisse. Kleinbauern ohne nachweisbare Landtitel und Gemeinschaften, die kommunales Land verwalten und nicht anerkannte landwirtschaftliche Praktiken wie etwa Wanderfeldbau betreiben (vor allem in den Gebieten der ethnischen Minderheiten), werden zusehends verdrängt. Damit wird Land ganz legal zugunsten großer privater Unternehmen von unten nach oben umverteilt.

Waren im Jahr 2012 noch 13.800 Quadratkilometer »Brachland« an rund 390 private Firmen zur Nutzung vergeben worden, so waren es im Jahr 2014 bereits 16.000 Quadratkilometer. Sollte sich dieser Trend fortsetzen und mehr Menschen in die Landlosigkeit abgedrängt werden, werden soziale und politische Spannungen zweifellos zunehmen. Dies führten zuletzt die gewaltsamen Zusammenstöße rundum die Letpadaung Kupfermine in Zentral-Myanmar dramatisch vor Augen. Vor allem in den ethnischen Gebieten, wo das Problem der Landlosigkeit noch gravierender ist, werden Land- und Ressourcenfragen über Gelingen oder Scheitern des Friedensprozesses und damit über Erfolg oder Misserfolg des begonnenen Transformationsprozesses wesentlich mitentscheiden.

*Geräumtes Areal für die Errichtung eines Shopping und Business-centers, Yangon  
Foto:  
Genia Findeisen*

### Anmerkung

1. [www.myanmaragribusinessinvestmentsummit.com](http://www.myanmaragribusinessinvestmentsummit.com)